



Ein Cable Car stoppt in Zukunft wohl nicht am alten Gladenbacher Bahnhof. Ob eine Regionalbahn hier mal wieder vorbeifahren kann, wird derzeit geprüft – die Trasse ist gesichert und im Regionalplan Mittelhessen ausgewiesen. Foto: Michael Tietz

Bahntrasse engt Entwicklung ein

Gladenbacher Stadtverordnete und Ortsbeiräte basteln an Stellungnahme zum Entwurf des neuen Regionalplans

Von Michael Tietz

GLADENBACH. Wie kann sich die Stadt Gladenbach in den nächsten 15 Jahren entwickeln? Wo gibt es geeignete Plätze für größere Wohn- und Gewerbegebiete? Der neue Regionalplan Mittelhessen macht dazu genaue Vorgaben. Die Gladenbacher Politik überlegt nun, ob sie dem Regierungspräsidium einige Änderungswünsche zu dem Entwurf übermittelt.

Seit dem 10. Januar können die Planunterlagen öffentlich eingesehen werden. Neben Kommunen, Behörden, Verbänden und Unternehmen haben in diesem Zuge auch interessierte Bürger die Möglichkeit, ihre Anregungen für die Entwicklung der Region Mittelhessen zu formulieren. Dies sollte bis zum 11. März geschehen. Das Regierungspräsidium kündigte aber bereits an, dass auch in den folgenden zwei Wochen noch Stellungnahmen abgegeben werden können. Ziel sei es, ein ausgewogenes Mit- und Nebeneinander der vielfältigen Nutzungsansprüche zu erreichen.

„Diese Festlegung wird die Stadt in ihrer Planung die nächsten 15 Jahre binden – bis feststeht, wer auch immer welche Trasse realisieren wird“

Klaus Bartnik, FW-Stadtverordneter

Die Gladenbacher Stadtverordneten und Ortsbeiräte beschäftigen sich nun ebenfalls mit dem Werk. Von einem „recht sportlichen Fahrplan“ sprach Bürgermeister Peter Kremer (parteilos) beim Blick auf das weitere Verfahren. Das Regierungspräsidium rechnet ihm zufolge mit mehreren Tausend Anregungen zu dem Entwurf. „Diese alle abzuarbeiten, wird eine Mammutaufgabe“, sagte Kremer während der gemeinsa-



Viel Platz für neues Bauland: Auf der „Lammerich“ am Ortsausgang von Gladenbach in Richtung Erdhausen entsteht ein neues Baugebiet. Über die Größe und Gestaltung des Areals diskutieren derzeit die Stadtverordneten. Archivfoto: Sascha Valentin

men Sitzung von Bau- und Wirtschaftsausschuss. Ursprünglich sollte der neue Regionalplan im Herbst verabschiedet werden.

Drei Entwicklungsschwerpunkte sieht dieser für die Gladenbacher Kernstadt vor. Dazu gehört ein knapp fünf Hektar großes Areal für Gewerbe und Industrie oberhalb des Bauhofs mit direkter Anbindung an die Bundesstraße 453. Eine fünf Hektar große Wiesen- und Ackerfläche zwischen der Bundesstraße 255 und dem Sinkershäuser Weg – in unmittelbarer Nachbarschaft zur DRK-Rettungswache und zum Friedhof – könnte laut Regionalplan künftig für die Wohnbebauung genutzt werden.

Das größte Zukunftsprojekt wäre der „Lückenschluss“ zwischen Gladenbach und Erdhausen, entlang der B255. Insgesamt 26,1 Hektar – das entspricht in etwa der Größe von 36 Fußballplätzen – stehen in der „Lammerich“ theoretisch für die Siedlungserweiterung in den nächsten Jahrzehnten zur Verfügung. Die erste Etappe bereitet die Stadt gerade vor. Für eine 4,6 Hektar große Fläche am Gladenbacher Ortsrand

wird ein Bebauungsplan erstellt. Einen großen Unterschied weist der neue Regionalplan im Vergleich zu seinem Vorgänger auf. „Die Menge und Größe der ausgewiesenen Vorranggebiete für die Landwirtschaft ist deutlich weniger“, erklärte Manfred Hausmann vom Planungsbüro Groß & Hausmann aus Weimar-Wenkbach. Nun gibt es wesentlich mehr unterklassige Flächen für die Landwirtschaft, sogenannte Vorbehaltsgebiete. Diese lassen gewisse Abwägungsspielräume bei der weiteren Planung zu, während Vorranggebiete bindende Ziele der Raumordnung sind. „Aus Sicht der Kommune ist dies ein relativ erfreulicher Aspekt“, merkte der Stadtplaner an.

Deshalb kann in Zukunft auch leichter die Fünf-Hektar-Klausel angewandt werden. Sie greift in den Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft. Dort können bei Bedarf kleinere Gewerbe- oder Wohngebiete (unter fünf Hektar) ausgewiesen werden, ohne dass sie im Regionalplan aufgeführt sind. „Einzige Voraussetzung: Sie müssen sich an bestehende Strukturen unmittelbar anlehnen, also an die Ortslage oder an ein Gewerbe-

gebiet anschließen“, erklärte Manfred Hausmann.

Diese Information nahmen die Mitglieder der beiden Ausschüsse wohlwollend zur Kenntnis. „Für alle Orte bestehen damit Entwicklungsmöglichkeiten, wir sind als Stadt also weiterhin handlungsfähig“, stellte Klaus Bartnik (Freie Wähler) fest.

Kritisch sehen einige Gladenbacher Politiker allerdings einen anderen Aspekt. Im neuen Regionalplan ist eine Trassensicherung für die Salzöbodebahn aufgenommen worden. „Das bedeutet keinen grundsätzlichen Planungsverzicht für die Fläche, allerdings muss man sich bei allen räumlichen Planungen im Umfeld der Trasse künftig mit den Belangen der möglichen Reaktivierung der Bahn im besonderen Maße auseinandersetzen“, betonte Manfred Hausmann.

Der Stadtplaner verwies auf die Möglichkeit, die angedachte Strecke in Abschnitten zu verlegen. Ein solcher Planungsschritt sei dann aber doch zu aufwendig und zu unsicher, hieß es während der Ausschusssitzung. „Diese Festlegung wird die Stadt in ihrer Planung die

nächsten 15 Jahre binden – bis feststeht, wer auch immer welche Trasse realisieren wird“, sagte Klaus Bartnik. Diese Einschätzung unterstrich Bürgermeister Peter Kremer: „Wenn die Trasse gesichert ist, kann ich dort kein Gewerbe entwickeln – das ist dann in Stein gemeißelt.“

Der Regionalplan enthält auch eine Prognose zur Bevölkerungsentwicklung bis ins Jahr 2035. Demnach erwartet Gladenbach ein Einwohnerrückgang um 4,1 Prozent. Auf dieser Grundlage darf die Stadt bis 2035 insgesamt 28 Hektar für Neubaugebiete ausweisen. Der maximale Bedarf an Gewerbeflächen ist auf sieben Hektar festgeschrieben worden. Bei entsprechender Nachfrage können diese Werte aber verändert werden.

„Das bedeutet keinen grundsätzlichen Planungsverzicht für die Fläche.“

Manfred Hausmann, Stadtplaner

Stefan Runzheimer (CDU) wies darauf hin, dass die „Hinterländer Schweiz“ bisher nicht als Naturraum definiert ist. Die Stadt prüft nun, ob das Waldgebiet mit seiner Felslandschaft doch als Erholungsschwerpunkt im Regionalplan gekennzeichnet werden.

Die Gladenbacher Ortsbeiräte und Fraktionen wollen bis zum 20. Februar ihre Anmerkungen zum Regionalplan abgeben. Diese fasst dann das Planungsbüro zusammen und erarbeitet eine Stellungnahme für die Stadt, mit der sich beide Ausschüsse in einer weiteren gemeinsamen Sitzung befassen wollen.

Unterlagen zum Entwurf des Regionalplans gibt es im Internet: www.rp-giessen.hessen.de unter der Rubrik „Planung“ und „Regionalplanung“.

Bad Endbach ist gegen Abschiebung

Große Mehrheit im Parlament für Petition zugunsten des Verbleibs von Riffat Shakir Adnan

Von Regina Tauer

BAD ENDBACH. Die Gemeindevertretung Bad Endbach unterstützt die Petition für Riffat Shakir Adnan und setzt sich dafür ein, dass dem jungen Mann ein Aufenthaltsrecht in Deutschland gewährt wird. Diese Entscheidung traf das Kommunalparlament mit großer Mehrheit, es gab vier Enthaltungen aus den Reihen der CDU.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung Claus Lixfeld (CDU) hatte zu Beginn der kurzen Debatte Bedenken geäußert. Er wolle vermeiden, so Lixfeld, „dass der Eindruck entsteht, wir trauen unserem eigenen Staat nicht“. Es handle sich nicht um ein laufendes Verfahren, stellte Bürgermeister Julian Schweitzer (SPD) klar.

Innenministerium muss entscheiden

Man wolle der Härtefallkommission, der die Petition vorgelegt wird, das politische Signal aus Bad Endbach mitgeben, sich für diesen Fall einzusetzen. Endgültig entscheide darüber der hessische Innenminister.

„Der junge Mann ist gut integriert und hat alles getan, was die Gesellschaft von solchen Personen erwartet“, so Schweitzer. Er betonte die Bedeutung eines überfraktionellen Votums des „großen politischen Gremiums der Gemeinde Bad Endbach, nämlich der Gemeindevertretung“.

Eine solche Erklärung aus Bad Endbach könne „ein starkes und ein wichtiges Zeichen sein“, sagte Tamara Reiers, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Riffat Shakir Adnan sei ein Beispiel für eine gelungene Integration. Sabine Afsmann, Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, kennt die Familie seit Jahren. Sie sei 2013 nach Deutschland gekommen, zwei Jahre vor der großen Flüchtlingswelle. Dennoch habe der deutsche Rechtsstaat vier Jahre Zeit gebraucht, „bis allein das Interview zur Anhörung“ erfolgt sei. Dabei sei „sehr viel, wenn nicht alles schief gelaufen, was jetzt Teil der Abschiebungsbegründung“ sei. Die Gemeindevertreter müssten nach Recht und Gesetz handeln, „es geht aber auch immer um die Einwohner, für die wir hier sitzen“, so Afsmann. „Aus humanitären Gründen

müssten wir alle einschließen.“ Rolf Bernshausen (SPD) spannte den Bogen zwischen der Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht und der „sensiblen Handhabung des Gesetzes“. Bernshausen weiter: „Ich will es mal ganz krass sagen. Wir holen uns IS-Frauen mit Kindern ins Land, die bis zum Anschlag indoktriniert sind, mit der Begründung, dass sie deutsche Staatsbürger sind und deshalb einreisen dürfen. Auf der anderen Seite schieben wir Menschen, die wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft werden könnten, nach Afrika ab.“

Der 21-jährige Riffat Shakir Adnan lebt seit fast acht Jahren in Deutschland, als Kind kam er mit seiner Mutter und Geschwistern über Italien hierher.

Sein Herkunftsland ist Somalia, ein vom Bürgerkrieg zerrissenes und von Terror heimgesuchtes Land, das international als gescheiterter Staat gilt. Aktuell droht Riffat Shakir Adnan die Abschiebung, nicht nach Somalia, sondern nach Tansania, auf die Insel Sansibar.

„Der junge Mann ist gut integriert und hat alles getan, was die Gesellschaft von solchen Personen erwartet.“

Julian Schweitzer, Bürgermeister

Bei der Einreise in Italien soll die Familie tansanische Pässe benutzt haben. Bei Riffats Bruder wurde die Abschiebung bereits durchgesetzt. Weil er keine tansanischen Papiere besitzt, wurde er in Tansania inhaftiert.

Riffat Shakir Adnan hat das Fachabitur gemacht, eine Ausbildung begonnen. Die Familie lebt in Bad Endbach und ist in der evangelischen Kirchengemeinde aktiv. Der 21-Jährige spielt Fußball beim Verbandsligisten FV 09 Breidenbach.

Im März entscheidet die Härtefallkommission. Kirche, Sportvereine, Arbeitgeber, Freunde, Politiker und die Gemeindevertretung Bad Endbach setzen sich für ihn ein. Am Donnerstagabend liegt die Resolution der Stadtverordnetenversammlung in Gladenbach vor.

Biedenkopferin stickt Engel für das Impfteam

Mitarbeiter freuen sich über das kleine Dankeschön

BIEDENKOPF (red). Über eine Überraschung hat sich das Impfteam des Deutschen Roten Kreuzes Biedenkopf gefreut: Sieglinde Kaletsch hat für jeden Mitarbeiter des DRK Impfzentrums einen Anhänger mit der Aufschrift „Impfengel“ gefertigt.

„Die Kolleginnen und Kollegen unseres Impfzentrums leisten eine wertvolle Arbeit im Kampf gegen das Corona-

virus, die mit diesen schönen Anhängern gewürdigt wurde“, freut sich A. Cornelia Bönnighausen, Vorstandsvorsitzende des DRK Kreisverbandes Biedenkopf. Sieglinde Kaletsch ist Rentnerin und stickt und näht mit Begeisterung. Mehrere Stunden lang hat sie benötigt, um die kleinen Impfenkel-Kunstlederanhänger zu fertigen. „Das habe ich natürlich gerne gemacht“, sagt sie.



Die Mitarbeiter des DRK-Impfzentrums in Biedenkopf freuen sich über die kleinen Anhänger, die Sieglinde Kaletsch für sie gefertigt hat. Foto: DRK Biedenkopf